

Soziale Sicherung – Kommunen als Lückenbüßer?

Viele Kommunen – besonders westdeutsche Großstädte – kämpfen ums finanzielle Überleben. Grund hierfür sind nicht zuletzt die stets steigenden Pflichtausgaben im Sozialbereich. Die Grüne Fraktion im Bundestag fordert daher, den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft für ALG-II Beziehende sofort um 1 Mrd. € aufzustocken. Doch bei aller denkbaren Bundesbeteiligung bleibt ein Grundproblem bestehen: Die klassischen Zweige der Sozialversicherung können ihrer Aufgabe der vorrangigen sozialen Absicherung immer schlechter nachkommen.

Vor fast genau 15 Jahren forcierte das so genannte Schröder-Blair-Papier den Diskurs über „Eigenverantwortung“ in der Daseinsvorsorge, der die „Agenda 2010“ ideologisch unterfütterte. Schröders Credo: „Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern.“ Sozialversicherungssysteme sollten – so die Idee – langfristig nur eine Grundversorgung sicherstellen. Wer darüber hinaus Leistungen beziehen wolle, müsse privat vorsorgen.

Der „Erfolg“ dieses Paradigmenwechsels: Fördermodelle wie die steuerliche Absetzbarkeit privater Zusatzversicherungen oder Zuschüsse in der Riester- oder Rürup-Rente ersetzen zunehmend sozialrechtliche Ansprüche. Gleichzeitig sind viele Menschen, die durch niedriges Einkommen oder unterbrochene Erwerbsbiographien nicht in der Lage sind, selbst vorzusorgen, auf Grundsicherungsleistungen und begleitende kommunale Integrationshilfen angewiesen. Die von den Kommunen zu leistenden Aufgaben und Ausgaben nehmen zu.

In den vergangenen Jahren wurde aber nicht nur der Leistungsumfang

der Sozialversicherungen reduziert oder einseitig verlagert. Das System der sozialen Sicherung wurde auf Magerkost gesetzt. Instrumente wie der Gesundheitsfonds, der Rehaeckel in der Rentenversicherung und die gekürzten Eingliederungsbudgets in den Jobcentern bedeuten im Ergebnis die verordnete strukturelle Unterfinanzierung des Systems.

Letztes Glied in der Kette auch hier: Kommunen, die für die Leistungsdefizite vorgelagerter Sicherungssysteme aufkommen müssen. Fatalerweise trifft es die wirtschaftlich gebeutelten Kommunen gleich doppelt: Zum einen benötigen sie eine besondere soziale Infrastruktur, wie Arbeitslosen- oder Schuldnerberatung, und tragen höhere soziale Pflichtleistungen, wie beispielsweise die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose.

Zum anderen haben aber genau diese Städte und Gemeinden die schmalste eigene Steuerbasis und die höchsten Kassenkredite. Höchste Zeit, einen Solidarpakt 2.0 zu beginnen, in dem die Solidarbeiträge nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf verteilt werden.



Markus Kurth
Foto: www.markus-kurth.de

Markus Kurth

➔ Markus Kurth (MdB), 48 Jahre, ist rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Obmann für die Grünen im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Das sog. Schröder-Blair-Papier trug den offiziellen Titel „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair.“ Es wurde am 8. Juni 1999 in London der Öffentlichkeit vorgestellt.